



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/276 - 8. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Malta - so oder so ?</u> Als Delegierter der Sozialistischen Internationale auf Malta Von Ludwig Metzger, MdB	123
4 - 5	<u>Jungsozialisten und Bundeswehr</u> Vorschläge zum Thema "Staatsbürger in Uniform" Von Christian Götz Sachbearbeiter beim Arbeitskreis für Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion	43
6	<u>Intali: "Bewaffneter Kampf wäre Selbstmord"</u> Ein gutes und mutiges Wort	18
6	<u>Dank an den dänischen Außenminister</u> Abwehr der Verleumdungen gegen die Bundesrepublik	25

* * *
* * *

Malta - so oder so ?

Als Delegierter der Sozialistischen Internationale auf Malta

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Mittelmeerinsel Malta hat eine lange und wechselvolle Geschichte. Als sich die Malteser um 1800 gegen die Franzosen wehrten, sind ihnen auf ihre Bitten hin die Engländer zu Hilfe gekommen. Sie sind bis zum heutigen Tage geblieben. Malta wurde für Großbritannien ein wichtiger strategischer Punkt. Die Wirtschaft seiner 330 000 Einwohner (300 000 auf der Hauptinsel Malta und 30 000 auf der kleineren Insel Gozo), die ihre eigene Sprache semitischen Ursprungs haben, ist durch diese Tatsache geprägt.

Der Ruf nach Selbstbestimmung

Großbritannien hat Malta schon viele Verfassungen beschert. Durch sie erhielten die Malteser etwas mehr oder weniger Rechte, aber die Oberhoheit Großbritanniens blieb immer unangetastet. Unter der letzten Verfassung gab es eine Labour-Regierung mit dem maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff an der Spitze. Die Labour-Party hatte bei den Wahlen, die sie unter der Devise "Integration Malτας in Großbritannien" führte, 56 Prozent der Stimmen erhalten. Als Dom Mintoff bei den Integrationsverhandlungen zu der Auffassung kam, daß die Bürger Malτας nicht die gleichen Rechte wie die Bürger Großbritanniens haben würden, trat er mit seiner Regierung zurück. Der englische Gouverneur übernahm wieder die alleinige Gewalt. Die Labour-Party verlangte von nun an Selbstbestimmung für das maltesische Volk mit dem Ziel der Unabhängigkeit Malτας. Großbritannien hat jetzt - nach einigen Jahren - Malta erneut eine Verfassung gegeben. Im Februar 1962 soll ein Parlament gewählt werden. Die dann zu bildende Regierung wird aber wiederum nur sehr beschränkte Vollmachten haben.

Sozialistische Internationale soll vermitteln

Die Labour-Party Malτας gehört ebenso wie die Labour-Party Großbritanniens der Sozialistischen Internationale an. Die Sozialisten Maltas haben die Vermittlung und Hilfe der Internationale für ihre Selbstständigkeitsbestrebungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erbeten. So kam der Beschluß der Sozialistischen Internationale zustande, eine dreiköpfige Delegation, bestehend aus einem schwedischen, einem israelischen und einem deutschen Sozialisten nach Malta zu schicken. (Der Verfasser dieses Artikels gehörte ihr an.) Sie sollte an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen und Vorschläge zur Lösung des Problems der Selbstbestimmung machen. Dabei konnte sie davon ausgehen, daß die Sozialistische Internationale sich wiederholt für das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes, wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist, ausgesprochen hat.

Jubelnder Empfang

Die Malteser sind ein katholisches Volk. Auch die Mitglieder der Labour-Party sind Katholiken und wollen es sein. Diese Tatsache war uns wohl bekannt; wir hatten nicht im entferntesten den Gedanken, sie zu

mißachten oder etwas zu tun, das auch nur den Anschein einer Haltung gegen die religiöse Tradition Maltas hätte erwecken können. Uns ging es allein um das Selbstbestimmungsrecht Maltas.

Bei unserer Ankunft auf dem Flugplatz Maltas erlebten wir eine große Überraschung. Zehntausende von Menschen empfingen uns singend und jubelnd. Die Begeisterung war so stürmisch, daß wir kaum zu unseren Wagen gelangen konnten. Eine lange Eskorte von Motorrädern und Autos geleitete uns zu unserem viele Kilometer entfernten Hotel. Auch auf dem Wege dorthin wurden wir lebhaft begrüßt.

Mißverständnis bei den Katholiken

Der Vertreter der katholischen Kirche Maltas hatte die Absicht unseres Komens offenbar mißverstanden. Man hatte eine völlig falsche Vorstellung vom demokratischen Sozialismus, der in der Sozialistischen Internationale seine weltweite Repräsentanz hat. Während alle offiziellen und nichtoffiziellen Stellen - einschließlich des englischen Gouverneurs - die Bitte der Malteser Labour-Party, mit uns ein Gespräch zu führen, positiv beantworteten, ließ der Erzbischof durch seinen Sekretär mitteilen, die Kirche habe nichts mit einer Delegation der Sozialistischen Internationale zu diskutieren; deren offizieller Besuch in Malta sei eine Beleidigung der katholischen Gewalt der großen Mehrheit des Volkes dieser Inseln.

"Helft uns!"

Während unseres einwöchigen Aufenthaltes auf Malta erlebten wir bei vielen Gelegenheiten die Gegensätzlichkeit der Gefühle und Wünsche der Menschen Maltas. Wir sahen nicht nur an den Mauern kirchlicher Gebäude Plakate, die sich gegen unsere Anwesenheit in Malta wandten, auf der Insel Gozo standen in den Dörfern auch Gruppen von Frauen und Kindern (nicht Männern), die ihr Mißfallen uns gegenüber äußerten. In vielen anderen Orten der Hauptinsel erlebten wir das Gegenteil, vor allem in den Arbeiterquartieren. Der Ruf "help us" (helft uns!) wird mir noch lange in den Ohren klingen.

Auch ein "Argument" ... Schüsse!

Au einem Abend hatten wir in einem großen Saal eines Clubhauses der Labour-Party gesprochen. Von dort aus sind wir quer über die Insel zu einem Fischerdorf gefahren, um dort zu essen. In dem vorletzten Dorf schlossen sich uns Anhänger der Labour-Party an. Auf zwei Lastwagen und in Privatwagen begleiteten sie uns. Es war schon gegen 22 Uhr. Die Straße neigte sich unserem Ziele zu; linke neben uns war tief unter das Meer, rechts stiegen Felsen in die Höhe. Plötzlich war ein mir zunächst unerklärliches Krachen in dem Wagen, in dem ich zusammen mit dem Generalsekretär der Labour-Party Maltas fuhr. Als der Fahrer den Wagen zum Stehen brachte und die gesamte Kolonne hielt, stellten wir unterhalb des Wagenfensters mehr als zehn Binschüsse fest. Nur der Fahrer hatte eine leichte Verletzung am Finger. Auf den erwähnten Felsen hatten einer oder einige gesessen, die sich nicht damit begnügten, uns durch Briefe, die wir in reicher Zahl durch die Post erhalten hatten, ihr Mißfallen kundzutun und uns aufzufordern, die Insel zu verlassen.

Erfreuliche Eindrücke Überwiegend

Trotz allem sind die erfreulichen Eindrücke Überwiegend. So hatten uns z.B. die Vertreter der k a t h o l i s c h e n Studenten der Universität der Hauptstadt Valetta um eine Unterredung gebeten. Wir machten ihnen klar, daß wir nicht daran dachten, sie zu unserer politischen Überzeugung zu überreden; wir respektierten i h r e freie, gewissenmäßige Entscheidung; uns genüge als Ergebnis unserer Unterhaltung, wenn sie sich in die Lage versetzt fühlten, u n s e r e Haltung zu respektieren. Ich glaube, daß die jungen Menschen, die zunächst voller Vorurteile waren, etwas verstanden hatten. Wir gingen in einer Atmosphäre menschlicher Herzlichkeit auseinander.

Kundgebung mit 80 000

Am letzten Tage unseres Aufenthaltes auf Malta - einem Sonntag - sprachen wir nachmittags in der Stadt Pawia auf einem freien Platz vor etwa 80 000 Menschen. Mit südlichem Temperament dankten uns die Zuhörer. Die katholische Geistlichkeit hatte in Valetta - wo keine politischen Versammlungen stattfinden dürfen - eine religiöse Veranstaltung unter der Parole "Gegen Sozialismus" einberufen. Der Platz war, wie wir hörten, gleichfalls gefüllt.

* * *

Unser Studium, unsere Gespräche und unsere Erfahrungen auf den Inseln zeigten uns, daß hier viele Probleme zu lösen sind. In unserem Bericht an die Sozialistische Internationale haben wir die Auffassung vertreten, daß das Volk von Malta, das noch zu einem Drittel aus Analphabeten besteht, unserer Hilfe auf vielen Gebieten bedarf und würdig ist. Als Sozialisten müssen wir auch die Geduld aufbringen, Mißverständnisse und Mißdeutungen, die nicht zuletzt der besonderen Lage der Inseln entspringen, allmählich zu überwinden. Das Verlangen der Völker, mehr und mehr ihre Geschicke selbst zu bestimmen, wird auf die Dauer auch in Malta nicht zurückgedrängt werden können. Das schließt nicht aus, daß sich der souverän gewordene Staat durch völkerrechtliche Verträge verpflichtet, die sich aus seiner geographischen Lage ergebenden Aufgaben innerhalb der demokratischen Völker zu erfüllen.

+ + +

Jungsozialisten und Bundeswehr

Von Christian Götz

Sachbearbeiter beim Arbeitskreis für Sicherheitsfragen der
SPD-Bundestagsfraktion.

In einer Demokratie dürfen bewaffnete Streitkräfte keinen Staat im Staate darstellen. Um einer möglichen Gefahr dieser Art von vorn herein entgegenzutreten, fordert die SPD in ihrem Grundsatzprogramm, daß zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes ein Vertrauensverhältnis bestehen muß. Auch den Jungsozialisten innerhalb der SPD, die zum Teil die Uniform schon trugen oder noch anziehen werden, ist daran viel gelegen. Darin drückt sich nicht nur die selbstverständliche Fürsorgepflicht für die eigenen Mitglieder, die Dienst bei der Bundeswehr tun, aus, sondern auch der Wille, zur demokratischen Gestaltung unseres Staates einen Beitrag zu leisten. Aus dieser Einsicht haben die Jungsozialisten in den vergangenen Jahren die Kontakte zur Bundeswehr ständig ausgebaut und werden das, wie sie auf ihrem letzten Bundeskongreß Mitte November in Düsseldorf beschlossen, auch zukünftig verstärkt tun.

Die Jungsozialisten widmen ihre besondere Aufmerksamkeit dem "Staatsbürger in Uniform"; nicht so sehr, indem sie nur lange theoretische Erörterungen anstellen, sondern dadurch, daß sie versuchen, in ihrer praktischen politischen Arbeit mitzuhelfen, den "Staatsbürger in Uniform" in Alltag der Kaserne zu verwirklichen. Aus diesem Geist entstand die auch vom Verteidigungsministerium und der "Schule für Innere Führung" begrüßte Broschüre "Staatsbürger in Uniform", die die jungen Rekruten in kurzer und präziser Form über ihre Pflichten und Rechte als Soldaten informiert. Die Schrift soll durch weiteres Informationsmaterial zur staatsbürgerlichen Bildung für junge Soldaten ergänzt werden.

Die Klagen über den staatsbürgerlichen Unterricht bei der Bundeswehr sind auch heute noch allgemein. Es genügt aber nicht, allein zu kritisieren, es ist auch auf diesem Gebiet erforderlich, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Das haben die Jungsozialisten auf ihrem Kongreß in Düsseldorf ebenfalls getan. Dort wurde ein Antrag angenommen, der sich speziell mit dem staatsbürgerlichen Unterricht bei der Bundeswehr beschäftigt. In ihm wird vor allen Dingen gefordert, daß der Unterricht ausrei-

chend, d.h. zumindest drei Stunden wöchentlich erteilt und interessant gestaltet wird. Das kann u.a. durch Einsatz moderner technischer Mittel, wie Fernsehen, Rundfunk, Film usw., geschehen. Wichtig ist die Unterrichtung der Soldaten mit objektiven Informationsmaterial. Vorgeschlagen wurde außerdem, den Bundestagsfraktionen in den Informationen für die Truppe, die zur Gestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts dienen, eine Möglichkeit zur regelmäßigen Publizierung ihrer politischen Vorstellungen einzuräumen. Dadurch könnte der Unterricht eine wesentlich inhaltsreichere und lebendigere Form annehmen.

Diese kurze Darstellung zeigt, daß den Jungsozialisten und damit der SPD der Wille zur positiven Gestaltung des Verhältnisses zur Bundeswehr nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern eine Aufgabe, der sie in ihrer täglichen Arbeit besondere Aufmerksamkeit widmen.

* * *

Stramme Haltung

sp - Das zweifellos harte Wort von der strammen Haltung, die das eigene Nachdenken nicht ersetzt, trifft wie so viele Sprüche aus dem Soldatenleben mitten ins Schwarze. So geschah es auch, als der SPD-Abgeordnete Fritz Erler am Mittwoch in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung den schlecht angesetzten Angriff des FDP-Vorsitzenden Dr. Mende in der Frage einer Wehrdienstzeitverlängerung kurzerhand abfing.

Dr. Mende hatte den kleinkarrierten Versuch unternommen, der SPD eine Unterlassung in der Verteidigungsfrage anhängen zu wollen, weil sie der Dienstzeitverlängerung auf 18 Monate noch nicht zugestimmt habe. Die FDP dagegen, so rief Dr. Mende mit markiger Stimme, hätte schon längst "ja" gesagt.

Abgeordneter Erler reagierte äußerst kühl. Tatsache sei doch wohl, daß dem Bundestag bisher noch gar kein Gesetzentwurf der Bundesregierung vorliege und daß auch sonst noch keine konkreten Angaben des Bundesverteidigungsministeriums verfügbar seien, nach denen allein ein verantwortlicher Politiker die Argumente für eine Sachentscheidung erarbeiten könnte, die in ihren Auswirkungen zweifellos tief in das Leben zahlloser Staatsbürger eingreifen dürfte. Der verlegene Zwischenruf des FDP-Vorsitzenden, daß über dieses Thema doch schon seit langer Zeit gesprochen werde, veranlaßte den SPD-Politiker zu der sarkastischen Zitierung des anfangs erwähnten Soldatenwortes. Er jedenfalls, so sagte Abgeordneter Erler, pflege seine Entscheidungen nicht auf Zeitungsmeldungen allein aufzubauen. Und zweifellos auch nicht sein Nachdenken durch stramme Haltung zu ersetzen. Diesen Schlußsatz hatte Abgeordneter Erler freilich nicht so gesagt, aber mit der Zitierung des Soldatenwortes wohl gemeint.

* * *

Lutuli: "Bewaffneter Kampf wäre Selbstmord"

Ein gutes und mutiges Wort

sp - "Bewaffneter Kampf wäre Selbstmord" sagte der farbige Nobelpreisträger L u t u l i aus Südafrika bei seiner Ankunft in Oslo. Lutuli meinte damit die nicht aufzuhaltende Auseinandersetzung zwischen den farbigen und weißen Einwohnern Südafrikas. Der Dichter, Schriftsteller und Politiker hat damit an ein Wort des großen Inders Ghandi erinnert, der jahrzehntelang den Kampf seines Volkes um die Unabhängigkeit unter dem Motto der Gewaltlosigkeit führte. Es ist gut, daß es auch heute noch hervorragende Männer gibt, die in einer Welt der ständigen Drohung mit der Gewalt das Wort der Gewaltlosigkeit predigen. Mit Anwendung von Gewalt hat man noch nie die großen Menschheitsprobleme gelöst. Sogenannte Erfolge, die mit Gewalt errungen wurden, erwiesen sich stets als äußerst fragwürdig; sie waren fast immer der Keim zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu Haß, Zerstörung und Völkermord. Wir geben zu: Es gehört sehr viel Optimismus und Glaube an das Gute im Menschen, um heute zu verkünden, man wolle auf die Anwendung von brutaler Gewalt verzichten. Daß es trotzdem geschieht und daß der Appell zur Friedfertigkeit von einem Manne kommt, dessen Volk unter der Gewaltanwendung Unsägliches erlitt und heute noch erleidet, darf uns alle mit Hoffnung erfüllen.

* * *

Dank an den dänischen Außenminister

sp - Dem Außenminister unseres nördlichen Nachbarlandes Dänemark gebührt unser aller Dank. In nicht zu überbietender Schärfe hat Krag anlässlich der Parlamentsdebatte über das gemeinsame NATO-Ostseekommando die sowjetischen Beschuldigungen zurückgewiesen, die Bundesrepublik betreibe eine revanchistische und militaristische Politik. Diese Aussage ist umso höher zu bewerten, als sie von einem Manne stammt, dessen Land vom Dritten Reich besetzt war und das während der Besetzung viele Leiden erfuhr. Aber Krag weiß: die Bundesrepublik Deutschland ist nicht mit dem Dritten Reich gleichzusetzen. Dieser absurde Vorwurf gehört heute zum ständigen kommunistischen Propagandarepertoire; er verfolgt den Zweck die neue deutsche Demokratie in der Welt zu diskreditieren und die Bundesrepublik als unglaubwürdigen Partner zu disqualifizieren. Leider nicht immer ohne Erfolg. Die mit uns durch die NATO verbündeten Dänen wissen es aber besser. Bei ihnen verfährt diese Verleumdungskampagne nicht. Ein Land, das nicht über Atomwaffen verfügt, dessen Streitkräfte dem Oberbefehl der NATO unterstehen und dessen Flotte sich im Vergleich zur sowjetrussischen wie eine Maus zum Elefanten ausnimmt, soll eine Bedrohung für seine östlichen Nachbarn sein? Die 14 mit der Bundesrepublik verbündeten Staaten werden sich niemals zu einem Angriffskrieg missbrauchen lassen; das dürften auch die Männer des Kreml wissen. Wenn sie aber dennoch das Gespenst eines deutschen Revanchismus und Militarismus beschwören, so tun sie es aus dem einfachen Grunde, Misstrauen in die Reihen unserer Freunde zu säen. Der dänische Außenminister erteilte dazu die nötige Abfuhr. Mit Gerugtuung sei dies vermerkt. Solche Freunde machen wieder gut, was manche bei uns durch Tölpelereien an Schäden stifteten.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel